

Motion Fraktion FDP (Christoph Müller, FDP) vom 25. August 2005: Hochwasserschutz – Die Zeit zum Handeln ist gekommen!; Abschreibung der Punkte 1 und 2

In der Sitzung vom 18. Mai 2006 hat der Stadtrat die folgende Motion behandelt und dabei die Punkte 1 und 2 erheblich erklärt sowie Punkt 3 als Motion abgelehnt (SRB 222):

Die erschreckenden neuerlichen Hochwasserereignisse zeigen deutlich: Jetzt muss gehandelt werden. Es darf nicht weiterhin Zeit vergeudet werden mit Untersuchungen und Hin- und Herschieben von Schwarzen Petern zwischen Stadt und Kanton. Den berechtigten Interessen der Menschen, die an der Aare wohnen oder arbeiten, muss jetzt Rechnung getragen und es müssen umgehend wirksame Massnahmen ergriffen werden. Der Verweis auf die Unvorhersehbarkeit von Jahrhundertereignissen muss jetzt in den Hintergrund treten vor der Tatsache, dass die Bevölkerung an der Aare sich nachgerade als Bevölkerungsgruppe zweiter Klasse empfindet. Sie dient in immer kürzeren Abständen als Objekt des Bedauerns, zur Katastrophenanschauung durch Gaffer und für Medienberichterstattung mit hohen Einschaltquoten. Was sie wollen ist ordentlich leben und arbeiten können, wie alle anderen auch.

Es ist offensichtlich und von niemandem bestritten, dass auch in der zivilisierten Welt der Mensch sich den Kräften der Natur nicht entziehen kann. Genauso offensichtlich ist aber, dass es Massnahmen gibt mit denen man der Unbill in wesentlich wirksamerer Weise entgegenzutreten kann, als das in den letzten Jahren getan worden ist.

Es kann nicht darauf gehofft werden, dass die Zeit alles heilen und die Situation sich verbessern werde. Im Gegenteil: Die Experten warnen davor, dass die Häufigkeit von vehementen Wetterereignissen sich vergrössern werde.

Ob Massnahmen, wie Renaturierung vom Flusslauf mit zusätzlichen Versickerungsmöglichkeiten sinnvoll sind, soll an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Was aber von Fachleuten festgehalten wird, ist, dass diese Massnahmen für die Hochwassersituation an der Aare in Bern nur unwesentliche Entlastung gebracht hätten.

Primärmassnahmen, wie ein Entlastungstollen sind bewährt, so wie sich das in Langenthal eindrücklich gezeigt hat.

Bei allem Verständnis für einen behutsamen Umgang mit den Laichzonen in der Aareschleife muss die Priorität elementarster Bedürfnisse der Menschen entlang der Aare betont werden.

Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kanton folgende Massnahmen einzuleiten und der Umsetzung zuzuführen:

1. Ab sofort wieder regelmässige und nachhaltige Kiesausbaggerungen vornehmen, wie sie früher üblich waren.
2. Schwemmholz-Hindernisse entschärfen sowie Wasser-Regulierungsanlagen optimieren und auch für Notsituationen operabel machen.
3. Erstellen von leistungsfähigen Entlastungsumleitungen (z.B. eines Entlastungstollens) zum Vorbeugen in Notsituationen.

Bern, 25. August 2005

Motion Fraktion FDP (Christoph Müller, FDP), Jacqueline Gafner Wasem, Dolores Dana, Karin Feuz-Ramseyer, Stephan Hügli-Schaad, Ueli Haudenschild, Thomas Balmer, Hans Peter Aeberhard, Mario Imhof, Heinz Rub, Christian Wasserfallen

Bericht des Gemeinderats

Wie der Gemeinderat bereits in seiner damaligen Stellungnahme zur Motion erwähnt hat, ist seit den Hochwasserereignissen im Jahr 2005 intensiv an der Entwicklung und Umsetzung konkreter Massnahmen zum nachhaltigen Hochwasserschutz gearbeitet worden. Die eingeleiteten Sofort-, kurz- und mittelfristigen Massnahmen sind heute weitgehend umgesetzt. Dazu gehören sowohl Kiesentnahmen als auch Massnahmen zur Schwemmholtzbekämpfung. Langfristige nachhaltige Projekte, wie die Verbesserung des Uferschutzes in der Felsenau und die Stollenlösung Dalmazi-Seftau bzw. die Alternativlösung Objektschutz Quartiere an der Aare, befinden sich in Planung. Das Projekt Uferschutz Felsenau hat im Herbst 2007 das Mitwirkungsverfahren durchlaufen. Unter Vorbehalt der Genehmigung des Ausführungskredits und der Erteilung der Baubewilligung kann das Vorhaben bereits ab kommendem Winter realisiert werden. Für den Hochwasserschutz der restlichen Quartiere zwischen Dalmazi und Altenberg wird zurzeit das Projekt Objektschutz Quartiere an der Aare in einem partizipativen Planungsprozess so konkretisiert, dass der Gemeinderat Anfang 2009 einen Variantenentscheid zwischen der "Stollenlösung" und dem Objektschutz Quartiere an der Aare fällen kann. Anschliessend soll die gewählte Variante auf Stufe Wasserbauplan ausgearbeitet werden, mit dem Ziel, im Herbst 2010 das Kreditbegehren zur Volksabstimmung zu bringen.

Zu den konkreten Forderungen der Motion:

Zu Punkt 1:

Der Stadtrat hat anlässlich der Behandlung der vorliegenden Motion am 18. Mai 2006 bereits von den Kiesentnahmen in den Jahren 2000 bis 2005 Kenntnis genommen. Im Winter 2005/06 wurden zusätzlich rund 7 000 m³ Kies unterhalb der Felsenaubrücke ausgebaggert (Kredit von Fr. 170 000.00). Am 15. November 2006 genehmigte der Gemeinderat zudem eine linksufrige Kiesentnahme von der Untertorbrücke bis zur Münsterbauhütte und es wurden zwischen Januar und März 2007 rund 6 000 m³ Kies entnommen. Dafür bewilligte der Gemeinderat einen Nettokredit von Fr. 195 000.00; Energie Wasser Bern leistete einen Kostenbeitrag von Fr. 100 000.00.

Die jährliche Erhebung des Kieseintrags im Schwellenmätteli sowie die durchgeführten Kiesentnahmen haben gezeigt, dass der effektive Geschiebeeintrag seit 1999 den in der Studie von 2001 prognostizierten jährlichen Mittelwert von 6 000 m³ deutlich übertrifft: Zwischen 2000 und 2006 mussten insgesamt 113 000 m³ Kies entnommen werden. Der Gemeinderat hat darum am 19. September 2007 die Erarbeitung eines Prognosemodells zur Geschiebebewirtschaftung genehmigt und dafür einen Kredit von Fr. 270 000.00 gesprochen. Das Modell soll eine Früherkennung des Handlungsbedarfs betreffend Geschiebebewirtschaftung sowie die Erkennung und Visualisierung kritischer Zustände der Sohlenlage ermöglichen. Bestandteil des Kredits sind auch weitere jährliche Aufnahmen des Geschiebeeintrags bis ins Jahr 2015, womit die Methode laufend überprüft und angepasst werden soll. Zusätzlich wird im Rahmen des gesprochenen Kredits das Geschiebebewirtschaftungskonzept aus dem Jahr 2001 überarbeitet.

Ein erster Prototyp des erwähnten Prognosemodells kam bereits im Sommer 2007 zur Anwendung. Dabei konnte der Handlungsbedarf an Kiesentnahmen im Schwellenmätteli recht-

zeitig erkannt werden, so dass der Stadtrat mit SRB 539 vom 15. November 2007 die erforderliche Kiesentnahme von ca. 50 000 m³ im Schwellenmätteli mit einem Kredit von Fr. 680 000.00 gutheissen konnte. Zwischen Januar und März 2008 wurden dann effektiv die vom Kanton bewilligten 40 000 m³ Kies entnommen.

Mit der Einrichtung eines Systems zur Überwachung des Geschiebeeintrags und mit periodischen, rechtzeitig ausgelösten Kiesentnahmen sind die Forderungen aus Punkt 1 der Motion erfüllt.

Zu Punkt 2:

Der Stadtrat hat anlässlich der Behandlung der vorliegenden Motion am 18. Mai 2006 ebenfalls bereits das Konzept zur Schwemmholzbekämpfung zur Kenntnis genommen. Mit SRB 219 vom 18. Mai 2006 bewilligte er zudem einen Gesamtkredit für Sofortmassnahmen und kurzfristige Hochwasserschutzprojekte von 4,65 Mio. Franken, worin die Umsetzung dieser Massnahmen enthalten ist.

Als Sofortmassnahme wurde eine Notentlastung der Matteschwelle beim „Inseli“ realisiert (Entfernung der untersten Elemente im Notfall); diese kam bereits beim Hochwasser 2007 erfolgreich zum Einsatz. Die im Frühling 2006 fertiggestellten Interventionsplätze entlang des Tychs bestanden ebenfalls im August 2007 ihre Bewährungsprobe: Die Feuerwehr konnte mit schweren Mobilkränen das Schwemmholz aus der Matteschwelle entnehmen. Im Winter 2008 verbesserte Energie Wasser Bern zudem die Betriebssicherheit der Wehranlage: Die Wehrpfeiler wurden erhöht, so dass wichtige elektromechanische Komponenten auch im Hochwasserfall nicht unter Wasser stehen.

Am 16. Januar 2008 genehmigte der Gemeinderat sodann die Realisierung eines provisorischen Hochwasserschutzes im Bereich Tych. An die Bruttokosten von Fr. 700 000.00 sind Beiträge von Energie Wasser Bern, Kanton und Bund zugesichert; bewilligt wurde deshalb ein Nettokredit von Fr. 244 000.00. Die Schutzmassnahme besteht im Wesentlichen aus einer Verschalung des bestehenden Geländers mit Holz. Damit wird sichergestellt, dass bei einem Ereignis wie 2005 keine Durchströmung der Matte stattfindet. Eine Überschwemmung durch stehendes Wasser – verursacht durch aufsteigendes Grundwasser – ist aber auch nach der Realisierung des Provisoriums nicht auszuschliessen, da die dazu erforderliche unterirdische Grundwasserabdichtung erst im Rahmen der langfristigen Projekte realisiert werden kann.

Der provisorische Hochwasserschutz Tych wurde in Zusammenarbeit mit der Versuchsanstalt für Wasserbau, Hydrologie und Glaziologie (VAW) der ETH Zürich entwickelt. Die VAW hat anhand eines physikalischen Modells im Massstab 1:50 die Hochwasserproblematik im Bereich der Matteschwelle untersucht. Dabei wurden mehrere Lösungen zur Schwemmholzbekämpfung (unter anderem eine Holzleiteinrichtung) auf ihre Wirksamkeit überprüft. Aus den Modellversuchen wurden ausserdem wichtige Erkenntnisse für die Intervention und über die Wirksamkeit von Massnahmen im Oberlauf der Matteschwelle gewonnen.

Mit der Umsetzung der dargestellten Sofort- und kurzfristigen Massnahmen zur Schwemmholzproblematik sind die Forderungen aus der dringlichen Motion erfüllt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die beantragte Abschreibung der Motion hat für Personal und Finanzen keine Konsequenzen. Die umgesetzten Massnahmen wurden und werden über die gesprochenen Kredite finanziert.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die erheblich erklärten Punkte 1 und 2 der Motion abzuschreiben.

Bern, 23. April 2008

Der Gemeinderat